Unionsfraktionschef Thorsten Frei: „Wir kommen um Reformen nicht herum." *Foto: Samuel Tschaffon*

„Ich möchte mich nicht verbiegen"

Ein kalter „Handwerker der Macht" will Unions-Fraktionschef Thorsten Frei nicht sein, mehr ein Brückenbauer in der schwarz-roten Koalition in Berlin. Wo es dort hakt und was zu tun ist. *Von Elisabeth Zoll*

So ganz befreit von Berliner Themen fährt Thorsten Frei, Fraktionschef der Union im Bundestag, nicht nach Hause an den Ostrand des Schwarzwaldes. Im Gegenteil: Bei einer Veranstaltung dieser Zeitung im neuen Medienhaus in Ulm wird der Jurist intensiv konfrontiert mit den Wirren und Herausforderungen in Berlin. Chefredakteur Ulrich Becker und die Berliner Chefkorrespondentin dieser Zeitung, Ellen Hasenkamp, wollen wissen, warum es mit den Reformen nicht so richtig klappt, wie sein Verhältnis zur AfD ist und wer den Kanzler im Zweifelsfall wieder vom Baum holt.

Herr Frei, seit dem Beginn der schwarz-roten Koalition in Berlin gab es einen Herbst der Reformen, dann ein Frühjahr der Reformen und nun ist es schon wieder Herbst. Können Sie das Wort Reformen überhaupt noch hören?

Ich kann die Jahreszeit nicht mehr hören. Denn es ist ein Trugschluss zu glauben, dass wir all die Reformen in einer Jahreszeit bewältigen können. Da kommt jetzt so vieles zusammen: Krieg, der demografische Wandel, der jahrelange Investitionsstau. Wir spüren ja, dass wir an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben. So werbe ich dafür, keine Angst vor Veränderungen zu haben. Und ich will, dass wir das, auf was wir uns grundsätzlich verständigt haben, auch zügig umsetzen.

Davon konnte in den vergangenen Monaten kaum die Rede sein.

Ja, es ist ein Problem, wenn man ankündigt, auf was man sich verständigt hat und dann im Nachgang Menschen kommen, die dies verändert haben möchten oder über jenes noch einmal reden wollen. Das führt nicht zum Eindruck, dass man weiß, wohin man will. Doch genau diesen Eindruck müssen wir vermitteln, damit die Menschen uns folgen.

Das tun sie nur sehr eingeschränkt. Drei Landtagswahlen gingen schlecht aus für die Union. Menschen haben Angst, weil sich vieles so schnell verändert, andere beklagen, dass die Regierung zu wenig tut. Welche Erklärung ist richtig?

Wir kommen um Reformen nicht herum. Das Entscheidende ist jedoch, dass man das, was man sagt, auch tut. Die Koalition hat schon viel gemacht, gerade bei der Altersvorsorge: Wir haben die betriebliche Altersvorsorge reformiert, ebenso die private, wir haben die Aktivrente eingeführt und die Frühstartrente. Und wir stehen jetzt vor der großen Rentenreform. Und doch sind zentralen Ziele der Koalition noch nicht erfüllt.

Sie verweisen zurecht auf das, was die Koalition schon getan hat, unter anderem die Eindämmung der illegalen Migration. Trotzdem profitiert die Union nicht davon, nur die AfD. Warum?

Die Asylbewerberzahlen sind in den vergangenen Monaten um 40 Prozent zurückgegangen. In der EU haben wir uns vom Bremser zum Treiber gewandelt. Doch ich habe nie geglaubt, dass die Stärke der AfD nur mit einem Thema zusammenhängt. Vielmehr erleben Menschen, dass vieles im Land nicht mehr funktioniert. Sie spüren das vor allem in den Kommunen. Diese müssen wir besser aufstellen.

Im Moment schrecken uns Bilder aus Frankreich auf. Auch bei uns wird für den 31. Oktober zu Protesten aufgerufen. Müssen wir uns auf ähnliche Auswüchse einstellen wie im Nachbarland?

Es gibt deutliche Unterschiede. In Frankreich gab es Generalstreiks, die sind bei uns verboten. Es gibt dort radikale kommunistische Gewerkschaften, eine enorme Polarisierung und viele unbewältigte Migrationskonflikte. Das verschärft die Polarisierung. Und dann wird als Schülerproteste verbrämt, was in Wahrheit ein Volksaufstand und Zerstörung ist, mit einem starken antisemitischen Einschlag. Auch wir haben Probleme. Wenn wir die nicht gelöst kriegen, sind Zustände wie in Frankreich nicht auszuschließen.

Haben junge Leute hierzulande nicht Grund, frustriert zu sein? Unter anderem, weil ihnen die KI die Jobs wegnehmen könnte?

Es hat noch nie funktioniert, sich einer technischen Entwicklung entgegenzustellen. Die Frage ist: Wie gestaltet man diese? In den nächsten Jahren werden mit den Babyboomern doppelt so viele Menschen in den Ruhestand gehen wie junge Menschen nachrücken. Da hilft die KI. Doch mancher Beruf wird verschwinden. Andere, die

> **„Unangenehme Entscheidungen trifft man, wenn man keine andere Wahl hat."**
>
> **Thorsten Frei**
> CDU/CSU-Fraktionschef

stark mit Menschen oder am Menschen arbeiten, sind durch eine KI kaum zu ersetzen.

Trotzdem fällt es der Politik schwer, junge Menschen zu erreichen auch mit der Art und Weise, wie wir über Themen sprechen wollen.

Wenn man über Politik redet, darf man nicht nur Berufspolitiker im Blick haben. Die meisten politisch Aktiven engagieren sich ehrenamtlich. Da halte ich mich an den Soziologen Max Weber: Politik ist die Einmischung in eigene Angelegenheiten. Wenn man nicht will, dass andere über einen entscheiden, muss man sich einsetzen. Das gilt auch in Bezug auf die Gefahren

Foto: Samuel Tschaffon

Im Atrium des Ulmer Medienhauses stellt sich Thorsten Frei den Fragen von Chefredakteur Ulrich Becker und der Berliner Chefkorrespondentin Ellen Hasenkamp.

vonseiten der politischen Ränder.

Viele junge Menschen informieren sich nur noch über soziale Netzwerke – und diese sind komplett gekapert von der AfD. Warum betreiben die etablierten Parteien da nicht mehr Aufwand?

Zunächst: Wer sich nur in sozialen Medien bewegt, bewegt sich in einer Bubble. Er bekommt nur das zu Gesicht, was er aktiv aufruft oder was ihm über die Algorithmen zugespielt wird. Je markanter, je mehr Schwarz-Weiß, je unverschämter formuliert, desto mehr Aufmerksamkeit erhält ein Post. Auch wenn bei uns Luft nach oben ist, stoßen wir als Politiker einer bürgerlichen Partei da auch an Grenzen. Inhaltlich, aber auch wie Politik diskutiert wird. Es gibt nicht nur Schwarz-Weiß. Es braucht Kompromisse, auch wenn diese häufig diskreditiert werden.

Das heißt, Sie würden sich nicht verbiegen, um Reichweite zu bekommen?

Nein. Das würde man mir im Zweifelsfall auch nicht abnehmen. Ich bin kein Handwerker der Macht, der alles dem eigenen Erfolg unterordnet. Gleichwohl bin ich gerne Politiker. Und ich versuche meinen Beitrag zu leisten, damit die Welt besser wird. Wenn ich eine Politik vertreten müsste, hinter der ich nicht stehe, wäre der persönliche Preis zu hoch. Ich möchte mich nicht verbiegen.

Aber bräuchte es nicht gerade jetzt jemanden, der dem Bundeskanzler nahelegt, den Menschen mehr positive Visionen zu vermitteln, mehr Zuversicht?

Da haben Sie vermutlich recht. Ich habe mit Friedrich Merz in den vergangenen sieben Jahren sehr eng zusammengearbeitet. Ich kenne niemanden, bei dem das öffentliche Bild so sehr abweicht vom persönlichen wie bei Friedrich Merz. Die Zusammenarbeit mit ihm war immer sehr angenehm, von Respekt geprägt. Ich habe keine Ahnung, warum bei Friedrich Merz so eine Fehlwahrnehmung entstanden ist.

Zu verlieren hat Friedrich Merz nichts mehr, das kann ja auch Beinfreiheit verschaffen in der Hoffnung, dass die Medizin, die man den Menschen verabreichen muss, dann in ein zwei Jahren Wirkung entfaltet. . .

Absolut. Unangenehme Entscheidungen trifft man, wenn man keine andere Wahl hat. Und in solch einer Situation sind wir. Auch die rot-grüne Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder stand mal mit dem Rücken zur Wand. Damals galt Deutschland als der „kranke Mann Europas". Schröder hat mit der Agenda 2010 umgesteuert. Das Ergebnis waren 15 Jahre Wohlstand in Deutschland.

Schröder selbst ist das nicht gut bekommen.

Ja, seine Partei hat es ihm nicht gedankt. Er war verunsichert und hat die Bundestagswahl um ein Jahr auf 2005 vorgezogen. Hätte er das nicht gemacht, hätte er sie vermutlich gewonnen. Man muss durchhalten können.

Es gibt nicht wenige in ihrer Partei, die in Richtung AfD schielen, um eine konservative Politik zu machen.

Die AfD ist keine konservative Partei, sondern eine rechtsradikale. Deren Positionen sind nicht ein bisschen anders als unsere, sondern kategorial anders. Deswegen wäre das eine Milchmädchenrechnung. Die AfD hat sich zum Ziel gesetzt, die Union zu zerstören. Meine Motivation mit Kräften zusammenzuarbeiten, die uns zerstören wollen, ist nicht groß. In ganz Europa gibt es rechtspopulistische Parteien. Doch die in Italien starke Fratelli d'Italia ist postfaschistisch gestartet und Richtung Mitte gewandert. Heute ist es eine rechte Partei. Das gleiche gilt für den Rassemblement National in Frankreich. All diese Parteien wollen im Europäischen Parlament nichts mit der AfD zu tun haben. Denn diese hat keine solche Entwicklung gemacht. Im Gegenteil: Sie hat sich immer mehr radikalisiert.

Schauen wir auf die Zusammenarbeit im Koalitionsausschuss, in dem elf Personen von CDU/CSU und SPD die Weichen stellen. Als Beobachter sehen wir immer nur Autos zu den Gesprächen vorfahren. Mehr nicht. Können Sie uns einen Eindruck über die Zusammenarbeit in diesem wichtigen Gremium geben?

Unsere Idee war, wir treffen uns nicht nur in Krisenzeiten, sondern regelmäßig alle vier bis sechs Wochen im Koalitionsausschuss um Themen zu besprechen, die nicht gleich in Papiere münden müssen. Der Plan ist nicht aufgegangen. In dieser Runde besprechen wir trotzdem viel konstruktiver als man denken würde, was man sich gegenseitig zumuten kann und was nicht. Am Ende zählt der Kompromiss.

Wie brutal geht es zu, wenn von einem offenen, konstruktiven Gespräch die Rede ist?

Brutal habe ich es noch nie erlebt. Aber eine gewisse Schonungslosigkeit kann hart sein, auch wenn man sie freundlich formuliert. Und schlechte Umfragewerte zehren an den Nerven. Doch jeder der auf einen Baum hochsteigt, muss sich überlegen, wie er ohne Gesichtsverlust auch wieder runterkommt.

Helfen Sie manchmal dem Kanzler vom Baum?

Nein, der kommt gut alleine zurecht.

Was denken Sie: Hält die Koalition bis 2029?

Ich bin überzeugt, dass die Koalition ordnungsgemäß die Ziellinie überschreiten wird – und auch mit guten Ergebnissen für unser Land. Etwas anderes können wir uns gar nicht leisten. Im jetzigen Zustand sollten wir den Wählern nicht unter die Augen treten müssen.

Manch ein Fraktionsvorsitzender wurde später Kanzler. Ist das eine Option?

Meine Lebensqualität besteht darin, dass ich mir nicht ständig überlege, was noch kommen könnte, sondern dass ich das, was ich mache, genieße. Der Rest hat sich in meinem Leben entwickelt.

Jurist mit breiter Erfahrung

Thorsten Frei (53) ist seit Juli 2026 Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ein Amt, das er selbst aktiv angestrebt hat. In dieser Funktion muss er oft als Brückenbauer zwischen CDU/CSU und SPD fungieren und Kompromisse ausloten. Nach seinem Jura-Studium hat Frei zunächst im Staatsministerium in Stuttgart politische Erfahrungen gesammelt, ehe er zum Oberbürgermeister von Donaueschingen gewählt und mit dem „sozialistischen Ergebnis" von 99,4 Prozent 2012 bestätigt wurde. Es folgte der Wechsel in die Bundespolitik, wo Frei nach vielen unterschiedlichen Stationen im Kabinett von Friedrich Merz zunächst zum Bundesminister für besondere Aufgaben und zum Chef des Bundeskanzleramtes ernannt wurde.

Im Sommer folgte der Vater dreier Kinder, der mit seiner Familie in Donaueschingen lebt, Jens Spahn im Amt des Fraktionschefs.